

Antrag I02: Initiativantrag Friedensfähig statt kriegstüchtig – unser gewerkschaftlicher Auftrag in unsicheren Zeiten

Antragsteller*in:	DGB-Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

1 **Bekanntnis zu unserer friedenspolitischen Verantwortung erneuern,**
2 **veränderte Realitäten anerkennen**

3 Die Entwicklungen der internationalen Beziehungen in den vergangenen Jahren und
4 Monaten erfüllen den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften mit größter Sorge. Der vor
5 über vier Jahren begonnene Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die
6 bestehende Völkerrechtsordnung nicht nur schwer erschüttert. Aus heutiger Perspektive
7 wirkt der Ukrainekrieg wie ein Brandbeschleuniger. Seit seinem Beginn wird immer
8 deutlicher, womit wir es inzwischen zu tun haben – mit einer Neuordnung der Welt, in
9 deren Zuge längst nicht mehr nur die russische Politik immer offener einer brutalen
10 Machtlogik folgt.

11 Die Zahl der Kriege steigt ebenso wie die Ausgaben für Waffen und Rüstungsexporte.
12 Die globalen Militärausgaben haben 2025 mit 2.887 Milliarden US-Dollar einen
13 historischen Höchststand erreicht. Nahezu alle Rüstungskontroll- und
14 Abrüstungsverträge wurden außer Kraft gesetzt oder sind – wie zuletzt das New-Start-
15 Abkommen – ausgelaufen, weil die Vertragspartner nicht mehr bereit waren, sie zu
16 verlängern.

17 In den zwischenstaatlichen Beziehungen gewinnt zunehmend ein politisches Denken und
18 Handeln die Oberhand, das immer weniger die Notwendigkeit sieht, die Durchsetzung
19 eigener Interessen durch die Bezugnahme auf geltende Regeln des Völkerrechts zu
20 legitimieren. Immer unverhohlener werden diese Regeln instrumentalisiert oder sogar
21 gänzlich ignoriert. So unvollkommen die regelbasierte globale Ordnung, die wir
22 kannten, auch von jeher war: Was jetzt droht, ist ihr endgültiger Niedergang.
23 Weltweit scheint sich eine neue Politik der Konfrontation und wiedererwachter
24 Großmachtansprüche durchzusetzen, für die nur noch das Recht des Stärkeren zählt und
25 das Völkerrecht keine Rolle mehr spielt. Das zeigt erst jüngst auch der amerikanisch-
26 israelische Angriff auf den Iran.

27 „Nie wieder Krieg!“ – das ist die Lehre, die der DGB und seine
28 Mitgliedsgewerkschaften aus den Weltkriegsschrecken des 20. Jahrhunderts und der
29 Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung gezogen haben. Diese Lehre begründet den
30 Satzungsauftrag des DGB, für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung
31 sowie die Verwirklichung und den Erhalt des Friedens und der Freiheit im Geiste der
32 Völkerverständigung einzutreten. Gemeinsam stehen wir für die Überzeugung, dass
33 Friedensbemühungen die sozialen, ökonomischen und politischen Ursachen von Krieg und
34 Gewalt beseitigen müssen.

35 Frieden bedeutet für uns viel mehr als die Abwesenheit von Krieg. Als DGB und seine
36 Mitgliedsgewerkschaften vertreten wir ein umfassendes Sicherheitsverständnis: In
37 einer Welt wachsender Unsicherheit lässt sich Sicherheit nur durch eine Politik

38 verwirklichen, die die Resilienz unserer Gesellschaft insgesamt stärkt, statt
39 Verteidigungsfähigkeit immer ausschließlicher als Frage militärischer Fähigkeiten zu
40 betrachten.

41 Für uns stehen Frieden, Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit in einem untrennbaren
42 Zusammenhang mit gerechten Lebens- und Arbeitsverhältnissen, demokratischer
43 Stabilität, wirtschaftlichem Erfolg und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.
44 Eine starke, solidarische und geschützte Gesellschaft kann Krisen besser bewältigen –
45 ob es sich um innere oder äußere Angriffe auf die Demokratie, um Naturkatastrophen,
46 Pandemien oder hybride Bedrohungen handelt.

47 Sicherheit beruht für uns auf sozialer Gerechtigkeit. Erst sie ermöglicht jeder und
48 jedem Einzelnen, auf der Grundlage von demokratischer Teilhabe und Mitbestimmung,
49 einer gerechten Wohlstandsverteilung, guten Arbeitsbedingungen sowie sozialer
50 Sicherheit und basierend auf der Solidarität der Beschäftigten über nationale Grenzen
51 hinweg ein gutes, freies und selbstbestimmtes Leben zu führen.

52 Wer über Sicherheit sprechen will, darf auch über die Folgen des Klimawandels nicht
53 schweigen. Die Industrieländer der G20 sind - mit China, den USA, Indien, den EU-
54 Ländern und Russland an der Spitze - Hauptverursacher des Klimawandels. Seine Folgen
55 sind aber vor allem in den Ländern des Globalen Südens am stärksten spürbar, die am
56 wenigsten zum Klimawandel beitragen. Ressourcenkonflikte werden verschärft und führen
57 zu militärischen Konflikten. Klimaschutz ist deshalb eine zentrale Bedingung globaler
58 Stabilität. Die internationale Kooperation auf Augenhöhe zur Begrenzung
59 klimabedingter Krisen – Dürren, Extremwetter, Verlust von Lebensgrundlagen – ist
60 entscheidend, um Konflikte und Migrationsdruck mit all dem damit verbundenen Leid zu
61 mindern.

62 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften machen sich dafür stark, dass Deutschland
63 und Europa nach innen und außen gesellschaftlich widerstandsfähiger werden – durch
64 Gute Arbeit, Chancengleichheit, u.a. durch gute Bildung, soziale Sicherheit,
65 ökologische Modernisierung und eine verantwortliche Wirtschafts-, Struktur-,
66 Industrie- und Dienstleistungspolitik. Sicherheit ist für uns kein militärisches
67 Projekt, sondern ein gesellschaftliches.

68 Ohne dauerhaften Frieden lassen sich gesellschaftliche Resilienz, soziale
69 Gerechtigkeit und Demokratie nicht verwirklichen. Deshalb messen der DGB und seine
70 Mitgliedsgewerkschaften außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische
71 Entscheidungen immer daran, ob sie einer Politik der Friedensfähigkeit dienen. Immer
72 mehr Waffen und eine Politik der Kriegstüchtigkeit schaffen keinen Frieden und keine
73 Sicherheit.

74 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wissen um ihre friedenspolitische
75 Verantwortung. Wir haben aus der Geschichte gelernt. Wir stehen für ein Verständnis
76 von Friedens- und Sicherheitspolitik, in dessen Mittelpunkt Krisen- und
77 Konfliktprävention sowie die zivile Friedenssicherung durch Diplomatie,
78 Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und eine faire Handelspolitik stehen.
79 Verbunden damit ist unser klares Bekenntnis zu einer multilateralen
80 Völkerrechtsordnung, in deren Mittelpunkt das Gewaltverbot der UN-Charta, das

81 humanitäre Völkerrecht und die institutionalisierten Kooperations- und
82 Konfliktlösungsmechanismen der Vereinten Nationen sowie regionaler Organisationen wie
83 der OSZE stehen.

84 Aber wir können die neuen Realitäten nicht ignorieren. Gerade in jüngster Zeit müssen
85 wir erleben, wie radikal sich die globalen Rahmenbedingungen für Frieden und unsere
86 Sicherheit verändern. Wir wollen deshalb unsere gemeinsame friedens- und
87 sicherheitspolitische Positionierung unter dem Dach des DGB weiterentwickeln.

88 Dabei eint uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der unbedingte Wille,
89 wirksam zu einer Welt ohne Krieg beizutragen. Dass die Suche nach dem richtigen Weg
90 dorthin in unseren Reihen intensiv diskutiert wird, ist Ausdruck einer lebendigen
91 innergewerkschaftlichen Demokratie. Wir begreifen diesen solidarischen Dialog als
92 Stärke und suchen im DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften die offene Debatte
93 darüber, wie heute eine Politik der Friedensfähigkeit angesichts einer immer
94 komplexeren Weltlage aussehen muss. Deswegen werden wir die im Masterprojekt Frieden
95 und Sicherheit seit dem letzten Bundeskongress begonnene Arbeit fortsetzen.

96

97 **Weltordnung im Umbruch: Rahmenbedingungen für Frieden und Sicherheit in Europa neu** 98 **bewerten**

99 Das Weltgeschehen wird immer stärker durch eine machtbasierte Außen- und
100 Sicherheitspolitik geprägt. In deren Zentrum stehen die Großmachtansprüche der USA,
101 Chinas und Russlands. Für die Durchsetzung dieser Ansprüche schrecken sie auch vor
102 der Androhung und Anwendung militärischer Gewalt nicht zurück – mit weitreichenden
103 Folgen auch für die Sicherheitslage in Deutschland und Europa, wie der Krieg
104 Russlands gegen die Ukraine und das Agieren der USA unter der Regierung Trump
105 drastisch belegen.

106 Im Spannungsfeld aus Wettbewerb, Konflikt und selektiver Kooperation verschärfen sich
107 die Rivalitäten zwischen diesen drei großen Machtzentren. Ihre Konkurrenz ist nicht
108 primär ideologisch begründet, sondern wird durch ökonomische, technologische und
109 militärische Machtfragen bestimmt. Sie streben eine Aufteilung der Welt in neue
110 Einfluss-, Wirtschafts- und Sicherheitsräume an. Europa gerät dadurch in eine
111 strukturell neue und schwierigere Position.

112 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat den Krieg in
113 die unmittelbare Nachbarschaft der Europäischen Union gebracht und erzeugt eine neue
114 Bedrohungslage in Europa, die mit erheblichen Eskalationsgefahren verbunden ist.

115 Der völkerrechtswidrige Angriff der USA und Israels auf den Iran, die ebenfalls gegen
116 das Gewaltverbot der UN-Charta verstoßende militärische Intervention der US-Regierung
117 in Venezuela und die vom US-Präsidenten angedrohte Annexion Grönlands verdeutlichen,
118 dass sich auch die USA immer unverblümt nur noch dann auf internationale Normen,
119 multilaterale Verfahren und bestehende Bündnisstrukturen berufen, wenn sie sich für
120 die Durchsetzung der eigenen Interessen instrumentalisieren lassen. Das gilt auch für
121 die transatlantischen Beziehungen. Immer wieder droht die Trump-Administration, die
122 NATO-Mitgliedschaft der USA aufzukündigen, falls die Verbündeten sich nicht ihrem
123 Willen beugen – etwa indem sie sich an dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Iran

124 beteiligen.

125 Angesichts dieser Lage braucht es mutige Schritte, um die Vereinten Nationen, die
126 durch die Blockade der Vetomächte gelähmt sind und immer häufiger zum Schauplatz
127 zynischer Großmachtpolitik werden, wieder zu einem Ort realer internationaler
128 Verständigung zu machen.

129 Die OSZE agiert kurz nach dem 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Helsinki-
130 Schlussakte nur noch unterhalb der Wahrnehmungsschwelle. Andererseits hat die Zahl
131 regionaler bzw. zwischenstaatlicher Foren und Abstimmungsgremien – insbesondere auch
132 der Staaten des Globalen Südens – zugenommen. Dazu zählen etwa Zusammenschlüsse wie
133 der erweiterte Kreis der sogenannten BRICS-Staaten oder die Shanghaier Organisation
134 für Zusammenarbeit (SOZ/SCO). Im Verbund zwischen China, Russland, Staaten des
135 Globalen Südens und weiterer Schwellenländer soll durch sie ein Gegengewicht zu
136 etablierten „westlichen“ bzw. US-dominierten Bündnis- und Abstimmungsstrukturen
137 geschaffen werden – getragen von dem offensiv formulierten (Macht-)Anspruch, eine
138 „neue, gerechte Weltordnung“ zu verwirklichen.

139 All diese Entwicklungen fordern auch uns Gewerkschaften eine Neubewertung der
140 Rahmenbedingungen für Frieden und Sicherheit ab. Der DGB und seine
141 Mitgliedsgewerkschaften erkennen grundsätzlich an, dass Russlands Angriffskrieg gegen
142 die Ukraine und der Wegfall der USA als verlässliche Schutzmacht eine neue
143 Bedrohungslage insbesondere für die Europäische Union bzw. die europäischen NATO-
144 Staaten geschaffen haben und auch eine Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit gegen
145 militärische Bedrohungen und Erpressungsversuche erforderlich machen.

146 Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass wir eine zunehmende Militarisierung der
147 politischen und öffentlichen Debatte in Deutschland und Europa akzeptieren. Im
148 Gegenteil: Wir lehnen sie entschieden ab! Wir brauchen keine Politik, die der
149 „Kriegstüchtigkeit“ das Wort redet, sondern eine Sicherheitspolitik, die die Freiheit
150 schützt und darauf ausgerichtet ist, Konflikte zu überwinden.

151

152 **Unser Anspruch an Europa: Verantwortung übernehmen als globale Friedensmacht**

153 Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ist klar: Ein einiges und
154 handlungsfähiges Europa, das sich auf seine Ursprünge als Friedensprojekt
155 zurückbesinnt, ist wichtiger denn je. Davon ist die Europäische Union (EU) in ihrer
156 aktuellen Verfassung weit entfernt. Stattdessen erleben wir eine EU, deren innerer
157 Zusammenhalt erodiert und die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit mehr und mehr
158 gleichsetzt mit militärischer Aufrüstung und Abschreckungsfähigkeit.

159 Mit Ausnahme Spaniens orientieren sich alle EU-Staaten, die dem transatlantischen
160 Bündnis angehören, an der willkürlichen Zielvorgabe, die im Frühjahr 2025 auf dem
161 NATO-Gipfel in Den Haag vereinbart wurde: Bis spätestens 2035 sollen sie jährlich
162 fünf Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in Ausgaben für Verteidigung (3,5 Prozent)
163 und verteidigungsrelevante Infrastruktur (1,5 Prozent) investieren.

164 Dieses auf Druck der USA eingeführte Fünf-Prozent-Ziel wurde losgelöst von den
165 tatsächlichen Bedarfen für Landes- und Bündnisverteidigung als politische Dauergröße
166 festgelegt. Es stellt eine immense fiskalische Herausforderung für die betroffenen

167 Länder dar, die perspektivisch zu verschärften Verteilungskonflikten zulasten
168 sozialstaatlicher Aufgaben, von Investitionen in die physische und soziale
169 Infrastruktur sowie des klimagerechten Umbaus der Wirtschaft führen wird.
170 Gleichzeitig fehlt auf EU-Ebene eine Verständigung darüber, welche konkreten
171 Aufgaben, Ziele und Fähigkeiten eine europäische Verteidigungspolitik verfolgen soll.
172 Die Aufrüstung in Europa ist somit weniger Ausdruck strategischer Souveränität als
173 von struktureller Unsicherheit. Erhebliche finanzielle Ressourcen drohen in
174 sicherheitspolitische Maßnahmen zu fließen, deren Ziele unklar bleiben, während
175 soziale, ökologische und wirtschaftliche Zukunftsaufgaben unter wachsenden
176 Finanzierungsdruck geraten. Europa darf sich keiner quantitativen Aufrüstungslogik
177 verschreiben, die selbst zum Sicherheitsrisiko werden kann, wenn es eine breiter
178 angelegte Politik der Friedensfähigkeit vernachlässigt und militärische
179 Eskalationsdynamiken verstärkt werden.

180 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich gemeinsam mit dem Europäischen
181 Gewerkschaftsbund dafür ein, dass dieser politische Kurs der EU grundlegend
182 korrigiert wird: Sie muss ihre eigenständige Rolle als globale Friedensmacht, die
183 neue Abrüstungs-, Rüstungskontroll- und Rüstungsexportkontrollinitiativen auf den Weg
184 bringt, stärken und den Multilateralismus wiederbeleben.

185 Das bedeutet für uns Gewerkschaften erstens: Europa muss handlungs- und
186 verteidigungsfähig, aber nicht kriegstüchtig sein. Dafür brauchen wir dringend eine
187 viel stärker an nachvollziehbaren Sachkriterien orientierte und transparentere
188 Debatte darüber, wie Europas tatsächliche Bedrohungslage vor allem durch Russland
189 einzuschätzen ist, welche militärischen Kapazitäten, Ausrüstung und Strukturen für
190 seine effektive Verteidigung benötigt werden und wie diese effizient und koordiniert
191 beschafft werden können.

192 Zweitens müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre strategische Autonomie gegenüber
193 den USA ausbauen und nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich und
194 technologisch unabhängiger von ihnen werden. Das erfordert neben politischer
195 Einigkeit und Handlungsfähigkeit eine Stärkung des europäischen Binnenmarktes, die
196 Intensivierung gemeinsamer innovations- und technologiepolitischer Anstrengungen
197 sowie die Eindämmung der wirtschaftlichen und politischen Übermacht US-amerikanischer
198 Big-Tech-Konzerne.

199 Und drittens brauchen wir auch auf europäischer Ebene eine Politik, die Fragen
200 innerer und äußerer Sicherheit konsequent im Sinne höherer gesellschaftlicher
201 Widerstandsfähigkeit zusammendenkt. Dazu gehören ein starker Sozialstaat und
202 leistungsfähige soziale Sicherungssysteme ebenso wie die Sicherung von Beschäftigung
203 und Guter Arbeit. Dazu gehört aber auch, dass es uns in Europa gelingt, eigene
204 widerstandsfähige Liefer- und Wertschöpfungsketten auf- und auszubauen und unsere
205 Energie- und Rohstoffversorgung langfristig zu sichern – wobei auch erneuerbare
206 Energien und eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft eine wichtige Rolle spielen.

207 Ein Schlüssel nicht nur dafür, sondern auch für die Schaffung eines wirksamen
208 Gegengewichts zu den Großmachtbestrebungen der USA, Chinas und Russlands liegt im
209 Auf- und Ausbau neuer Partnerschaften der EU mit anderen Staaten, die international

210 von mittlerem Gewicht sind oder den Status einer Regionalmacht genießen – vor allem
211 mit den Ländern des Globalen Südens.

212 Getragen werden sollten diese Partnerschaften durch das gemeinsame Interesse an einer
213 Weltordnung, in der sich nicht das Recht des Stärkeren und militärische „hard power“
214 durchsetzen, sondern der Ausgleich von Interessen auf Grundlage des geltenden
215 Völkerrechts, durch Diplomatie und im Rahmen der institutionalisierten Kooperations-
216 und Konfliktlösungsverfahren der Vereinten Nationen oder regionaler Organisationen
217 erfolgt.

218 Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen dabei ihre Glaubwürdigkeit als Partner unter
219 Beweis stellen. Das gilt an allererster Stelle für ihr uneingeschränktes Bekenntnis
220 zur Einhaltung des völkerrechtlichen Gewaltverbots und des humanitären Völkerrechts.
221 Ob in der Ukraine, im Iran, in Israel, in Gaza, im Libanon, im Sudan oder in anderen
222 Teilen der Welt: Verletzungen des Völkerrechts bleiben Verletzungen des Völkerrechts.
223 Sie dulden keine Relativierungen und keine Doppelmoral. Europa ist gefordert, sich
224 für die konsequente Ahndung von Völkerrechtsverstößen einzusetzen – unabhängig davon,
225 wer sie begeht.

226 Die EU-Agenda für eine entsprechende Neuausrichtung ihrer Partnerschaftspolitik muss
227 vor allem drei zentrale Elemente umfassen:

- 228 • die Reform der Vereinten Nationen (UN) sowie der Weltbank und des IWF. Diese
229 Organisationen sind immer weniger in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen, weil
230 sie den veränderten Anforderungen eines multipolaren internationalen Systems und
231 der gewachsenen Bedeutung aufstrebender Schwellenländer nicht mehr gerecht
232 werden. Es besteht die akute Gefahr, dass sie – und der bestehende
233 institutionelle Rahmen für multilaterale Kooperation und Konfliktschlichtung
234 insgesamt – durch Foren wie den von den USA initiierten „Friedensrat“
235 systematisch weiter untergraben werden. Deshalb ist insbesondere eine Reform des
236 UN-Sicherheitsrats längst überfällig, um eine stärkere Beteiligung von Ländern
237 wie Brasilien, Indien und Südafrika zu ermöglichen. Gleiches gilt für IWF und
238 Weltbank, in denen sie bislang zu wenig Stimmrecht und Einfluss haben.
- 239 • die Ausweitung und Diversifizierung strategischer Partnerschaften, mit deren
240 Hilfe die wirtschaftliche und politische Autonomie aller beteiligten Partner
241 gestärkt wird. Um stabile Partnerschaften aufzubauen, muss Europa die
242 übergreifenden Interessen des Globalen Südens zur Kenntnis nehmen und sich als
243 fairer Partner glaubhaft für einen Interessenausgleich mit den dortigen Staaten
244 einsetzen. Unabdingbar dafür sind einheitliche und gerechte
245 Wettbewerbsbedingungen, u.a. durch faire Preise für Rohstoffe, wechselseitige
246 Öffnung von Märkten und das Teilen technologischer Fortschritte. Gerade der EU-
247 Handelspolitik kommt dabei auch sicherheitspolitisch ein hoher Stellenwert zu.
248 Dies gilt nicht zuletzt für ihre jüngsten Freihandelsabkommen mit den Mercosur-
249 Staaten in Südamerika, mit Indien und mit Australien. Entsprechende Abkommen
250 haben das Potenzial, weit über eine reine Handelsliberalisierung hinaus Wirkung
251 zu entfalten. Angesichts einer zunehmend fragmentierten und konfliktbehafteten
252 globalen Wirtschaft und Sicherheitsarchitektur werden sie als Instrument immer
253 wichtiger, um die Integration zwischen Regionen zu fördern, die sich zu

254 gemeinsamen Regeln, Vorhersehbarkeit und institutioneller Zusammenarbeit
255 verpflichtet haben. Für uns Gewerkschaften setzt das allerdings voraus, dass EU-
256 Handelsabkommen viel stärker als bislang für eine faire Gestaltung globaler
257 Wirtschafts-, Handels- und Entwicklungsbeziehungen eingesetzt werden, in denen
258 die Interessen der arbeitenden Bevölkerung im Globalen Süden gleichrangig
259 Berücksichtigung finden, wie die der Beschäftigten im Globalen Norden. Von hoher
260 strategischer Relevanz ist in diesem Kontext die Zusammenarbeit bei kritischen
261 Rohstoffen und Seltenen Erden. Investitionen, die auf Technologietransfer,
262 lokale Wertschöpfung und den Aufbau von Produktionsketten in den Partnerländern
263 unter hohen Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards ausgerichtet sind, tragen zur
264 Attraktivität Europas als international gefragter Partner bei und stärken
265 gleichzeitig seine strategische Autonomie bei der Versorgung mit nötigen
266 Rohstoffen.

267 • den Ausbau transnationaler Formen der Zusammenarbeit, die über staatliche und
268 wirtschaftliche Beziehungen hinausgehen. Es ist von zentraler Bedeutung, dass es
269 beim Aufbau neuer Partnerschaften nicht bei einer reinen Regierungskooperation
270 bleibt, sondern auch der Aufbau transnationaler Netzwerke zwischen
271 Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und anderen Organisationen der
272 Zivilgesellschaft, zwischen politischen Parteien oder auch zwischen
273 Universitäten und Stiftungen gefördert wird. Die extreme Rechte agiert auf
274 internationaler Ebene bereits hochkoordiniert. Auch die Kräfte, die sich für die
275 Demokratie einsetzen, müssen dazu in die Lage versetzt werden.

276 Der Abschluss dieser neuen Partnerschaften erfordert die flexible Bildung von
277 Koalitionen je nach Thema und auf der Grundlage geteilter Interessen und einer
278 ausreichenden gemeinsamen Wertebasis – ohne dass alle Partner untereinander alle
279 Werte teilen müssen.

280

281 **Unsere Anforderungen an die friedens- und sicherheitspolitische Positionierung der** 282 **Bundesregierung**

283 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die deutsche Bundesregierung dazu
284 auf, sich für ein starkes und handlungsfähiges Europa einzusetzen und seine Rolle als
285 eigenständige Friedensmacht entlang der skizzierten Eckpunkte zu stärken – für eine
286 europäische Politik der Friedensfähigkeit statt der Kriegstüchtigkeit.

287 Insbesondere erwarten wir von der Bundesregierung,

288 • den deutschen Verteidigungshaushalt und verteidigungsrelevante
289 Infrastrukturausgaben nicht an der beliebigen Fünf-Prozent-Zielvorgabe der NATO
290 auszurichten. Das Erreichen dieser Zielmarke entspräche aktuell rund 224 Mrd.
291 Euro jährlich – und damit fast der Hälfte des Bundeshaushalts. Aufgrund der im
292 Grundgesetz verankerten Bereichsausnahme von der Schuldenbremse können zwar
293 zumindest die Verteidigungsausgaben im weiteren Sinne oberhalb von einem Prozent
294 des BIP vorerst über neue Kredite finanziert werden. Dennoch wird auch die
295 weitgehend kreditfinanzierte Umsetzung der NATO-Zielvorgabe perspektivisch zu
296 riesigen Haushaltslücken führen, da sie zu wachsenden Belastungen durch Zinsen

297 und die Schuldentilgung führt. Die Zielkonflikte zwischen (unproduktiven)
298 Rüstungsausgaben und (produktiven) Zukunftsinvestitionen in soziale und innere
299 Sicherheit, öffentliche Infrastruktur, kommunale Daseinsvorsorge sowie den
300 klimagerechten und digitalen Umbau unserer Wirtschaft werden sich dadurch massiv
301 verschärfen. Der massive Aufwuchs des Rüstungsetats darf die notwendigen
302 Ausgaben für die sozial- und klimagerechte Modernisierung und die soziale
303 Sicherung nicht verdrängen. Diese ohnehin bestehende Gefahr droht sich aber
304 weiter zuzuspitzen, da Forderungen lauter werden, die kreditfinanzierte
305 Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben in näherer Zukunft in den
306 Kernhaushalt des Bundes zurückzuführen. Solange eine grundlegende Reform der
307 Schuldenbremse ausbleibt und Gewinne, Kapitaleinkünfte, sehr hohe Einkommen,
308 Erbschaften und Vermögen keinen angemesseneren und dauerhaften Beitrag zum
309 Steueraufkommen leisten, bedeutet das zwangsläufig: Die politischen
310 Handlungsspielräume werden unter dem Druck vermeintlicher Sparzwänge immer
311 kleiner. Das Risiko, an der falschen Stelle zu sparen, nimmt unablässig zu. Wie
312 groß dieses Risiko ist, zeigt sich bei der Entwicklungszusammenarbeit sowie der
313 Krisenprävention, Friedensförderung und humanitären Hilfe allzu deutlich. All
314 diese Bereiche sind zentral für eine Politik der Friedensfähigkeit. Dennoch hat
315 die Bundesregierung hier massiv gekürzt – und zwar ausgerechnet zu dem
316 Zeitpunkt, zu dem die Abwicklung von USAID durch die US-Regierung zu einem
317 weltweiten Einbruch der Entwicklungshilfe führt. Deutschlands Finanzierungsquote
318 für öffentliche Entwicklungsleistungen liegt inzwischen auf dem niedrigsten
319 Stand seit 2015 – und weitere Streichungen drohen. Der DGB und seiner
320 Mitgliedsgewerkschaften kritisieren diesen Sparkurs scharf. Er ist Ausdruck
321 eines auf militärische Aspekte verengten Sicherheitsverständnisses und von
322 Kurzsichtigkeit, weil er verkennt, wie wichtig präventive Friedensarbeit für die
323 Verhütung bewaffneter Konflikte und deren Eskalation ist. Eine friedens- und
324 sicherheitspolitische Debatte, die all diese Verteilungskonflikte ausblendet,
325 schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit die Demokratie. Deshalb
326 lehnen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die willkürliche politische
327 Festlegung eines am BIP orientierten Prozentziels entschieden ab. Es orientiert
328 sich eben nicht an den tatsächlichen Bedarfen der Bundeswehr für die Erfüllung
329 ihres grundgesetzlichen Auftrags als Verteidigungsarmee und der
330 Bündnisverpflichtungen Deutschlands. Wir fordern von der Bundesregierung und dem
331 Bundestag ebenso wie von den politischen Akteur*innen auf EU-Ebene
332 nachvollziehbare Begründungen ein, was sie unter notwendiger
333 Verteidigungsfähigkeit im nationalen, europäischen und bündnispolitischen Rahmen
334 verstehen und wie sie diese politisch, fiskalisch und demokratisch legitimieren.
335 In diesem Zusammenhang sollten vor allem Fragen zum Gegenstand einer breiten
336 politischen und gesellschaftlichen Debatte werden, wie beispielsweise auf
337 welcher Grundlage und mit welchem Zeithorizont bestimmte militärische
338 Fähigkeiten und Systeme als notwendig für die Landes- und Bündnisverteidigung
339 definiert werden oder wie Synergien zwischen Bündnispartnern und in der EU
340 genutzt und Doppelstrukturen vermieden werden können.

341 • endgültig von den Plänen zur Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in

342 Deutschland ab September 2026 Abstand zu nehmen. Die Trump-Administration hat
343 zwar inzwischen erklärt, dass sie doch von der geplanten Stationierung absehen
344 will. Es ist aber keineswegs ausgeschlossen, dass sie diese Entscheidung erneut
345 revidiert. Angesichts der völlig unberechenbaren Politik der aktuellen US-
346 Regierung unter Präsident Trump, ihrer Aufkündigung der Solidarität mit den
347 bisherigen europäischen Partnern durch die neue Sicherheitsstrategie der USA und
348 ihrer immer fraglicheren Bündnistreue im Rahmen der NATO wäre es mit
349 unkalkulierbaren Risiken verbunden, falls die Stationierungspläne doch umgesetzt
350 werden sollten. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften teilen die Sorge
351 vieler Menschen, dass Deutschland dadurch stärker ins Zentrum möglicher
352 Konflikte rücken könnte, und lehnen die Stationierung ab. Selbst wenn die bei
353 uns stationierten Waffensysteme nur konventionell bestückbar sein sollen, so
354 droht durch sie doch eine gefährliche Dynamik. Dies gilt auch deshalb, weil mit
355 der Stationierung, anders als beim NATO-Doppelbeschluss von 1979, keinerlei
356 Angebot an Russland für Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen verbunden
357 ist. Die Stationierung eröffnet keine Perspektive auf ein Nachfolgeabkommen zum
358 inzwischen aufgekündigten INF-Vertrag. Was bleibt, ist die Gefahr, dass bei uns
359 stationierte US-Waffensysteme im Ernstfall sehr früh eingesetzt werden, um auch
360 nukleare Abschusseinrichtungen im Hinterland Russlands auszuschalten. Dadurch
361 wächst das Risiko einer schnelleren Ausweitung von Konflikten und von
362 Fehlentscheidungen - bis hin zum russischen Einsatz von Atomwaffen.

- 363 • eine äußerst restriktive und transparente Rüstungsexportpolitik auf nationaler
364 und EU-Ebene zu verfolgen. Sie darf nur im Einzelfall Ausnahmen zulassen, um ein
365 Land in der Verteidigung seines Existenzrechts und seiner territorialen
366 Integrität zu unterstützen. In diesen Aufnahmefällen ist jeweils genau zu
367 prüfen, inwiefern solche Waffenlieferungen geeignet sind, zu diesen Zielen
368 beizutragen, welches Eskalationspotential sie besitzen und ob die Gefahr
369 besteht, dass sie vom Empfängerland zu völkerrechtswidrigen Zwecken eingesetzt
370 werden. Sollte das Ergebnis dieser Prüfung zu berechtigten Zweifeln führen, sind
371 Waffenlieferungen zu unterlassen. Um diesen Grundsätzen Geltung zu verschaffen,
372 sind abgestimmte und gemeinsame Leitlinien für die Rüstungsexportkontrolle in
373 der EU unabdingbar – ebenso wie eine strikte Endverbleibskontrolle und die
374 Einbeziehung des Bundestags in die erforderlichen Abwägungs- und
375 Entscheidungsprozesse.
- 376 • an der Entscheidung gegen die Wiedereinführung eines verpflichtenden
377 Wehrdienstes festzuhalten und auch anderen Pflichtdienste eine klare Absage zu
378 erteilen. Aus Sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften bedeutet ein
379 verpflichtender Wehrdienst – ebenso wie andere Pflichtdienste - einen zu
380 weitreichenden Eingriff in die persönliche Freiheit und Lebensgestaltung junger
381 Menschen. Dabei stehen für uns nicht militärische Fragen im Vordergrund, sondern
382 die soziale und arbeitsmarktpolitische Wirkung. Jede Art von Dienstpflicht
383 greift tief in Bildungs- und Erwerbsbiografien ein, verschärft soziale
384 Ungleichheiten und verlagert sicherheitspolitische Lasten einseitig auf junge
385 Menschen. Außerdem wird dadurch der am Arbeitsmarkt bestehende Fachkräftemangel

386 weiter verschärft. Auch unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten ist es
387 zielführender, die Bundeswehr so weiterzuentwickeln, dass sie ihren Auftrag der
388 Landes- und Bündnisverteidigung als Freiwilligenarmee erfüllen kann. Eine
389 wirksame Landesverteidigung erfordert eine Armee und Waffensysteme auf dem
390 neuesten Stand der Technik – und damit auch hochqualifiziertes Personal. Die
391 Wehrpflicht ist nicht der richtige Weg für die Rekrutierung dieses Personals.
392 Vielmehr muss auch dafür die Attraktivität des Dienstes durch angemessene
393 Besoldung, gute Unterbringungs- und Arbeitsbedingungen unter Achtung des
394 Prinzips der Inneren Führung sowie durch hochwertige Qualifizierungsangebote und
395 verlässliche Entwicklungsperspektiven erhöht werden. Die Verbesserung
396 entsprechender Angebote bei der Bundeswehr muss – insbesondere bei
397 Verpflichtungen auf Zeit – auch darauf ausgerichtet sein, nach Ende der
398 Dienstzeit eine sichere und gute Anschlussbeschäftigung zu ermöglichen. Überdies
399 ist sicherzustellen, dass der militärische Dienst für junge Menschen –
400 insbesondere aus benachteiligten sozialen Verhältnissen – nicht faktisch zu
401 ihrer einzigen Option für Ausbildung, berufliche Entwicklung oder sozialen
402 Aufstieg wird. Eine gute Bildungs-, Ausbildungs- und Chancenpolitik bleibt eine
403 eigene gesellschaftliche Aufgabe und Grundbedingung sozialer Gerechtigkeit. Sie
404 darf nicht funktional an sicherheitspolitische Rekrutierungsbedarfe gekoppelt
405 werden.

406 • dass die Bundesregierung verstärkt in die Abwehr hybrider Bedrohungen, etwa
407 durch Cyber- und Drohnenangriffe auf kritische Infrastruktur, Sabotage und
408 Desinformation, sowie einen wirksamen Zivil- und Bevölkerungsschutz investiert,
409 den dafür notwendigen gesetzlichen Rahmen und die finanziellen Voraussetzungen
410 schafft. Beides trägt entscheidend zur gesellschaftlichen Resilienz unseres
411 Landes im Krisen- und Konfliktfall bei, indem Aspekte innerer und äußerer
412 Sicherheit eng miteinander verzahnt werden. Dies bedeutet auch, dass
413 insbesondere für die Polizei und für Behörden und Organisationen mit
414 Sicherheitsaufgaben zusätzliche öffentliche Mittel bereitgestellt werden müssen.
415 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften nehmen wahr, dass die Bundesregierung
416 und die Länder verschiedene Vorkehrungen unternehmen und teils jahrzehntealte
417 Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze für den Fall der Feststellung eines
418 Notstands wie bei einer äußeren Bedrohung überarbeiten. Dazu zählt auch das
419 Arbeitssicherstellungsgesetz, das regelt, ob und wie Arbeitskräfte in
420 Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden können und unter welchen Voraussetzungen
421 die Beendigung von Arbeitsverhältnissen eingeschränkt werden kann, damit
422 Streitkräfte, Behörden und wichtige zivile Versorgungsbereiche im Ernstfall über
423 ausreichend Personal verfügen. Das sehen wir mit Sorge und werden alles in
424 unserer Macht Stehende tun, um zu verhindern, dass eine solche Situation jemals
425 eintritt. Wir fordern von der Bundesregierung - ebenso wie von allen anderen in
426 einen Konflikt involvierten Staaten –, dass sie alles Erdenkliche tut, um das
427 Eintreten des Ernstfalls zu verhindern. Doch auch in Szenarien, die wir uns
428 nicht wünschen und unbedingt verhindern wollen, werden wir uns als
429 Gewerkschaften für die Belange der Beschäftigten einsetzen. Für den Fall dürfen
430 wir nicht gänzlich unvorbereitet sein und setzen uns daher kritisch und

431 sorgfältig mit den entsprechenden Vorkehrungen und Gesetzen auseinander. Dazu
432 verlangen wir auch von der Bundesregierung und den Ländern, die Planungen für
433 den Ernstfall möglichst transparent und partizipativ zu gestalten und nicht, wie
434 bislang, in den administrativen und militärischen Raum vorzuverlagern. Wir
435 fordern eine breite gesellschaftliche Debatte über Ziele und Risiken
436 sicherheitspolitischer Strategien sowohl im Bereich militärischer als auch
437 ziviler Verteidigung.

438 Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bleibt es bei dem in unserer eigenen
439 Geschichte begründeten Auftrag, unermüdlich daran erinnern, dass immer die abhängig
440 Beschäftigten und ihre Familien besonders unter Krieg und Militarisierung sowie deren
441 sozialen und wirtschaftlichen Folgen zu leiden hatten. Daran hat sich bis heute
442 nichts geändert. Uns eint als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter deshalb der
443 unbedingte Wille, als Teil einer starken und breit aufgestellten Friedensbewegung
444 einen wirksamen Beitrag zu einer Welt ohne Krieg zu leisten. Das gilt gerade in
445 diesen Zeiten, in denen sich eine militärische Denk- und Handlungslogik immer mehr
446 durchsetzt. Mehr denn je brauchen wir eine Friedensbewegung, die dagegen kraftvoll
447 die Stimme erhebt - und nach innen und außen einen offenen Dialog darüber führt,
448 welche friedens- und sicherheitspolitischen Konsequenzen sich aus den neuen globalen
449 Realitäten ergeben, mit denen wir aktuell konfrontiert sind.

450 Als Gewerkschaften halten wir dabei unbeirrbar an dem Grundsatz fest: Frieden
451 bedeutet für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Er erfordert eine Politik, die
452 Freiheit, Demokratie und gesellschaftliche Resilienz stärkt und Sicherheit nicht
453 einseitig militärisch definiert. Wir wollen friedensfähig statt kriegstüchtig sein
454 und bleiben!